

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke  
und der weiteren Abgeordneten der PDS**  
**— Drucksache 13/86 —**

**Die Junge Landsmannschaft Ostpreußen und der Rechtsextremismus**

Vom 18. bis 20. November 1994 veranstaltete die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) in Köln eine Tagung mit dem Titel „Der Deutsche Osten – Perspektiven im neuen Jahrtausend“. Die Tagung fand statt im Haus der Kölner Burschenschaft Germania. Als Referenten waren u. a. geladen:

- Dr. Harald Rüdtenklau, Bundesvorsitzender des Neuen Deutschen Nationalvereins, zum Thema „Die ostdeutsche Zukunft unter dem Aspekt der sich auflösenden Bündnissysteme“;
  - Martin Schmidt, stellvertretender Chefredakteur der neurechten Zeitung „Junge Freiheit“ zum Thema „Die ostdeutsche Kultur und ihre Zukunft“;
  - Guido Mathes von der Paneuropa-Jugend zum Thema „Die ostdeutsche Zukunft lebt in der europäischen Zukunft“;
  - Rüdiger Goldmann, CDU-MdL in Nordrhein-Westfalen und Mitglied im rechtsextrem durchsetzten Witikobund, zum Thema „Gegenwart und Zukunft der Ostdeutschen – aus der Perspektive eines Politikers“;
  - Peter Mohlek vom Kölner Institut für Ostrecht zum Thema „Der Minderheitenschutz im deutschen Osten – Rechtslage und Realität“.
1. Wurde die oben angegebene Veranstaltung der JLO aus Geldern des Bundeshaushaltes finanziert bzw. mitfinanziert?
- Wenn ja,
- a) in welcher Höhe,
  - b) waren zu diesem Zeitpunkt die Referenten bekannt,
  - c) warum hat man nicht Anstoß an der neuerlichen tausendjährigen Perspektive des Tagungsmottos genommen?

Für den genannten Zeitraum wurde der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. eine Zuwendung in Höhe von 7 340 DM für ein Seminar im Jugendgästehaus Köln-Riehl zum Thema „Ostmittel-

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 29. Dezember 1994 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

europa – Perspektiven zur deutschen Kultur in den ehemaligen deutschen Provinzen“ als einer Maßnahme der kulturellen Breitenarbeit im Sinne des § 96 BVFG im Wege der Fehlbedarfsfinanzierung aus Kapitel 06 40 Titel 684 06 gewährt. Als Teilnehmer waren u. a. Mitglieder der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und Studenten vorgesehen.

Einige der in der Frage genannten Referenten sowie ein namentlich nicht genannter Vertreter des Instituts für Ostrecht der Universität Köln wurden aufgeführt. Das Tagungsthema gab keinen Anlaß zu Beanstandungen.

2. Wie viele Gelder aus dem Bundeshaushalt (einschließlich der Gelder über den Bund der Vertriebenen und der Bundeszentrale für politische Bildung) erhielt die JLO seit ihrem Bestehen (bitte nach Jahren und Projekten aufschlüsseln)?

Förderungen im Sinne der Fragestellung wurden nicht bekannt.

3. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über Versuche von Rechtsextremisten und rechtsextremen Organisationen, auf die JLO einzuwirken?
4. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine eventuelle personelle Unterwanderung der JLO durch Anhänger neurechter und/oder rechtsextremer Organisationen?
5. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine eventuelle Einflußnahme von Rechtsextremisten und Anhängern der Neuen Rechten auf die Zeitung der JLO „Fritz“, die „junge Zeitung für Deutschland“?
6. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine eventuelle Unterwanderung der Kölner Burschenschaft Germania durch Rechtsextremisten und/oder Anhänger der Neuen Rechten bzw. eine Zusammenarbeit der Kölner Burschenschaft mit diesen?
7. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Neuen Deutschen Nationalverein?

Zu den genannten Gruppierungen und der Publikation der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ sind den Behörden für Verfassungsschutz bisher keine tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne der §§ 3 und 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes bekannt geworden. Zum Begriff „Neue Rechte“ wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 1. August 1994 (Drucksache 12/8343, Seite 3) verwiesen.

8. Welche neuen verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die neurechte Zeitung „Junge Freiheit“?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 31. Mai 1994 (Drucksache 12/7763) verwiesen.

9. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, daß die JLO mit der oben angegebenen Tagung rechtsextremem Gedankengut ein Forum gegeben hat?

Auf die Antworten zu den Fragen 3 bis 7 wird hingewiesen.

